

Unsere Woche im Landtag

Liebe Leserinnen und Leser,

die Marathon-Debatte im Bayerischen Landtag zum **Integrationsgesetz** der Staatsregierung hat für große Aufmerksamkeit in den Medien gesorgt. Als FREIE WÄHLER verweigern wir uns dieser Debatte zwar nicht, doch sehen wir die Vorgehensweise von Rot und Grün sehr kritisch. Es schadet einer ernsthaften Beschäftigung mit dem Thema Integration, wenn mit Endlosdebatten parteipolitische Spielchen inszeniert werden. Dies führt nur zu weiterer Polarisierung anstatt zum Zusammenführen verschiedener Lager. Da wir in dieser wichtigen Frage weder mit der CSU noch mit den übrigen Oppositionsparteien völlig konform gehen, haben wir einen eigenen Gesetzentwurf eingebracht. Wir sehen Integration als gesamtgesellschaftliche Aufgabe und hätten uns hier ein parteiübergreifendes Vorgehen anstelle ideologischer Grabenkämpfe gewünscht. Den wichtigsten Kritikpunkt am Gesetzentwurf der Staatsregierung sehen wir darin, dass sie die Kommunen im Regen stehen lässt. Dabei ist doch völlig klar: Ob Integration misslingt oder gelingt, entscheidet sich in den Kommunen. Dort leben die Menschen, die die Integration umsetzen. Die Kommunen selbst sind also Motor der Integration. Das bedeutet auch, dass sich hier vor allem der Bund und das Land finanziell einbringen müssen. Wenn also ein Integrationsgesetz vom Landtag auf den Weg gebracht wird, dann müssen wir genau schauen, wie die Kommunen bei dieser Herkulesaufgabe unterstützt werden. Für uns als FREIE WÄHLER ist eine ausreichende und gesicherte Finanzierung unverzichtbar.



*Florian Streibl, MdL
Parlamentarischer
Geschäftsführer*

R ü c k b l i c k

Das Kabinett hat diese Woche ein **Konzept zur Bekämpfung des politischen Islam** verabschiedet. Es wendet sich gegen Parallelgesellschaften und gegen ein „mittelalterliches Frauenbild“ mit Burka und Kinderehen. Aufklärung und Deradikalisierung sollen verstärkt werden, Grenzkontrollen der Transitstrecken Bayern außerdem sicherer machen. Als FREIE WÄHLER Landtagsfraktion sprechen wir uns dafür aus, dass der Staat im Umgang mit Extremisten jeglicher Richtung keinerlei Toleranz zeigt. Hierzu zählt auch der radikale Islamismus. Wer unsere freiheitliche Rechtsordnung und Grundrechte wie Meinungs- sowie Religionsfreiheit ablehnt, der muss unter besondere Beobachtung gestellt werden. Das gilt vor allem für Personen, die Umgang mit Kindern und Jugendlichen haben. Aufklärung und Deradikalisierung müssen daher schon in der Schule ansetzen, denn Hassprediger und religiöse Eiferer haben es letztlich auf die Zerstörung unserer Demokratie abgesehen.

Bayern braucht eine echte Pflegekammer, in der sich die Pflegenden selbst vertreten und nicht fremdbestimmt werden! Die von uns initiierte Sachverständigenanhörung im Landtagsausschuss für Gesundheit und Pflege zeigte die Vor- und Nachteile des Gesetzentwurfs der Staatsregierung zur geplanten „**Vereinigung der bayerischen Pflege**“. Leider plant die Staatsregierung ein Konstrukt, das organisatorisch und finanziell weitgehend von ihr abhängig ist, das bedeutet: Pflege am Gängelband der Politik! Generaloberrin Edith Dürr vom Bayerischen Landespflegerat kritisierte insbesondere den vorgesehenen Beirat, in dem auch die Einrichtungsträger vertreten sein sollen und dessen Vorsitzender vom Ministerium bestimmt wird. Auch der Präsident der Landespflegekammer Rheinland-Pfalz, Dr. rer.cur. Markus Mai, fand in seiner Stellungnahme sehr deutliche Worte. Seiner Ansicht nach entkernt der Gesetzentwurf die Zuständigkeit der Pflegeberufsangehörigen in der legitimen Selbstverwaltung – und als Garanten der pflegerischen Versorgung der Bevölkerung. Zudem gibt es gravierende juristische Probleme, wie der Rechtsexperte Prof. Dr. iur. Heinrich Hanika in einer schriftlichen

Stellungnahme sehr deutlich aufzeigte. Er empfiehlt darin sogar eine verfassungsrechtliche Überprüfung, falls der Gesetzentwurf zur Vereinigung der bayerischen Pflege nicht modifiziert wird. Ein weiterer Kritikpunkt war die Finanzierung: Denn über sie muss nach den Plänen der Staatsregierung alle zwei Jahre im Staatshaushalt neu entschieden werden. Als FREIE WÄHLER ziehen wir moderate Mitgliedsbeiträge vor. Sie sichern die Unabhängigkeit der Pflegevereinigung und sorgen gleichzeitig für eine längerfristige Planbarkeit.

Seit Jahrhunderten ist **Holz** als Roh- und Baustoff bekannt. Die Vorzüge sind vielseitig. Holz ist außerdem ein nachhaltiges Produkt. Wir wollen diese Vorteile deutlich stärker ins Bewusstsein rücken. Im Hinblick auf Herausforderungen wie zum Beispiel Umweltschutz und Klimawandel weist Holz beispielsweise deutlich bessere Werte auf als etwa andere Baumaterialien wie Beton oder Stahl. Im Waldland Bayern gibt es 2,5 Mio. Hektar Wald und rund 1 Mrd. Kubikmeter Holzvorrat. In der Forstwirtschaft sowie in der be- und verarbeitenden Holzindustrie Bayerns werden außerdem mehr als 200.000 Arbeitsplätze gewährleistet. Das soll auch so bleiben. In einem Antrag fordern wir die Staatsregierung daher auf, den Rohstoff Holz gebührend zu fördern.



*Den Wald im Blick -
Florian Streibl MdL
mit Nikolaus Stöger,
Leiter des
Forstbetriebs
Oberammergau bei
einer Waldbegehung
im Sommer 2016*

Das **Bürgerschaftliche Engagement** leistet einen unverzichtbaren Beitrag zum Gelingen der Gesellschaft und des Gemeinwohls. Wir FREIEN WÄHLER unterstützen dieses Engagement und wollen es stärker fördern. Mit einem Antrag wollen wir erreichen, dass die Staatsregierung Einführung und Finanzierung der bayerischen Ehrenamtskarte in den Landkreisen und kreisfreien Städten stärker unterstützt. Außerdem soll sie unserem Antrag zufolge die bisher einmalige Förderung seitens des Freistaats in eine Regelförderung überführen. Unser Ziel ist es, in naher Zukunft eine flächendeckende Verfügbarkeit der Ehrenamtskarte zu gewährleisten. Während mittlerweile der Großteil der bayerischen Gebietskörperschaften diese Karte eingeführt hat, steht in einigen der 71 Landkreise und 25 kreisfreien Städten die Einführung der Ehrenamtskarte weiter aus – darunter auch in der Landeshauptstadt München. Um endlich auch den dort lebenden ehrenamtlich Tätigen einen Zugang zu der Karte zu ermöglichen ist es an der Zeit, die bayerische Ehrenamtskarte flächendeckend einzuführen – in enger Zusammenarbeit mit den Landkreisen und kreisfreien Städten.

Impressum

Florian Streibl, MdL
Othmar-Weis-Straße 5
82487 Oberammergau
Tel: 08822/935282
Fax: 08822/935287
E-Mail: info@florian-streibl.de
Homepage: www.florian-streibl.de